An den
Vorsitzenden des Integrationsrates

An die
Geschäftsstelle des Integrationsrates
Herrn Andreas Vetter

Antrag gem. § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

DRINGLICHKEITSANTRAG

Gremium	Datum der Sitzung
Integrationsrat	04.06.2013

Antrag auf Rücknahme der Organisationsverfügung aus der Mitteilung ‚Personelle Ressourcen stärken – Diversity-Management für die Stadt Köln‘ zu TOP 4.4

Beschluss:

Der Integrationsrat kritisiert den Umgang der Verwaltung mit dem Thema Integration in einer Großstadt wie Köln und fordert die Organisationsverfügung zurückzunehmen.

Begründung:

Der Integrationsrat der Stadt Köln begleitet als politisches Gremium die kommunale Integrationsarbeit und hat in der Vergangenheit eine Vielzahl von Vorstößen und sehr konkreten Anregungen zur Optimierung der Organisation der städtischen Integrationsarbeit gemacht.

- Der Integrationsrat hat im Juni 2011 folgenden Beschluss gefasst:
„Antrag des Integrationsrates zum Interkulturellen Referat.
Der Integrationsrat stellt ausdrücklich klar, dass angesichts der Vielzahl und der Qualität der interkulturellen Aufgaben ein personell ausreichend ausgestattetes Interkulturelles Referat eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Dies gilt insbesondere angesichts der nötigen Umsetzung des 'Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft'.
Der Integrationsrat bittet in diesem Zusammenhang den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, sich genauer mit Aufgaben, Stellenplan und realen Fehlstellen des Interkulturellen Referates zu beschäftigen und für eine ausreichende reale Besetzung zu sorgen. In diesem Zusammenhang soll er auch prüfen, inwieweit bei neu zu besetzenden Stellen externe Bewerbungen mit hoher interkultureller Kompetenz zum Zuge kommen können.“
Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen hat die Verwaltung am 19.09.2011 auf der Grundlage des Beschlusses mit einer entsprechenden Prüfung beauftragt und zusätzlich darum gebeten diese Prüfung mit einer Aufgabenbeschreibung und einem Sachstandsbericht zur Aufgabenerfüllung zu verbinden.
Der Integrationsrat hat bis heute keine Antwort darauf erhalten.
- Der Integrationsrat hat im November 2012 folgenden Beschluss gefasst:
„Der Integrationsrat bezieht sich auf den im September 2011 im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen behandelten Antrag des Integrationsrates auf Personalausstattung im In-

terkulturellen Referat und bittet die Verwaltung ergänzend zu prüfen, inwieweit die in der Stadtverwaltung Köln mit dem Thema Integration im weitesten Sinne befassten Dienststellen organisatorisch künftig zu einer funktionstüchtigen und effizienten Organisationseinheit zusammen gefasst werden können. In einer solchen Organisationsform ist das vom Land vorgeschlagene und finanzierte Kommunale Integrationszentrum zu berücksichtigen.

Es wird gebeten bei der Prüfung die Organisationsformen und Erfahrungen der Stadt Frankfurt („Amt für multikulturelle Angelegenheiten“) und der Stadt Bielefeld („Amt für Integration“) sowie evtl. Erkenntnisse der KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) im Bereich ‚Management kommunaler Integrationspolitik‘ zu berücksichtigen. Das Ergebnis dieser Prüfung der Verwaltung soll im Integrationsrat beraten und anschließend in den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen weitergeleitet werden.

Begründung: Das Land NRW hat mit breiter Mehrheit von SPD, CDU, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP das neue Teilhabe- und Integrationsgesetz verabschiedet. Dieses Gesetz gibt der Integrationspolitik in NRW eine neue und zeitgemäße Ausrichtung. Die Stadt Köln als größte Stadt in NRW und einem Migrantenteil von 32 % sollte die vom Land vorgesehene und finanziell unterstützte Einrichtung von Kommunalen Integrationszentren zum Anlass nehmen, auch hier eine der Bedeutung der Stadt angemessenen Verwaltungsstruktur zu diskutieren und umzusetzen.“

- Der Integrationsrat hat in diesem Zusammenhang zur Sitzung am 22.01.2013 Herr Dr. Reichwein von der Kommunalen Verwaltungsstelle für Verwaltungsmanagement eingeladen, der ausführlich zum Thema 'Management kommunaler Integrationspolitik - Strategie und Organisation' referierte. Der Organisationsdezernent Herr Stadtdirektor Kahlen war vom Vorsitzenden des Integrationsrates hierzu ausdrücklich eingeladen worden.
- Der Integrationsrat hat im Februar 2013 folgenden Beschluss gefasst:
„Antrag auf Prüfung eines Amtes für Integration, AN 1816/2012“ – Berücksichtigung weiterer Unterlagen
„Der Integrationsrat der Stadt Köln bittet die Verwaltung – in Ergänzung seines Beschlusses vom 26.11.2012 („Antrag auf Prüfung eines Amtes für Integration, AN1816/2012“) - die beigefügten Unterlagen, bei der Prüfung
- einer organisatorischen Zusammenfassung der in der Stadtverwaltung Köln mit dem Thema Integration und Migration im weitesten Sinne befassten Dienststellen,
- und der Prüfung eines städtischen Diversity Managements zu berücksichtigen.
Anlagen: Gedankenpapier zur Notwendigkeit eines ‚Amtes für Integration‘; Gedankenpapier zu Funktionen und Aufgaben eines ‚Amtes für Integration‘; Synoptische Darstellung der Organisationsformen eines ‚Amtes für Integration‘ in ausgewählten Städten; Zusammenfassung interessanter Aspekte aus der synoptischen Darstellung; Vorschlag einer Organisationsstruktur eines möglichen ‚Amtes für Integration‘ in Köln
Begründung:
Der Integrationsrat hat in seiner Sitzung am 26.11.2012 einen Prüfauftrag an die Verwaltung beschlossen, inwieweit die in der Stadtverwaltung Köln mit dem Thema Integration im weitesten Sinne befassten Dienststellen organisatorisch zusammengefasst werden können. Hierbei sollten die Erfahrungen anderer Städte und die Erkenntnisse der KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) berücksichtigt werden.“

Die Verwaltung legt jetzt zur Sitzung am 04.06.2013 eine Mitteilung über die organisatorische Zusammenfassung des neu zu bildenden Kommunalen Integrationszentrums (KIZ), der Behindertenbeauftragten und des Referates Lesben, Schwule und Transgender in einer gemeinsamen Organisationseinheit ‚Diversity‘ vor.

Das gemäß dem Teilhabe- und Integrationsgesetz NRW zu konstruierende KIZ erfolgt durch eine Zusammenlegung der ehemaligen RAA und des Interkulturellen Referates.

- Der Integrationsrat stellt fest, dass es die Verwaltung nicht für notwendig hält auf Anregungen des Integrationsrates zur Verbesserung der Organisationsstruktur der Integrationsarbeit zu reagieren,
- Der Integrationsrat stellt fest, dass die Verwaltung bei der Integrationsarbeit im Aufgabenbereich des ehemaligen ‚Interkulturellen Referates‘ von ehemals 8 Stellen insgesamt 5,5 Stellen einspart.

- Der Integrationsrat stellt fest, dass die Verwaltung die Zuschussmittel des Landes für 3,5 Stellen zur Finanzierung bereits bestehender Stellen nutzt. Es ist allerdings das Ziel des Gesetzes gewesen zusätzliche Stellen zur Unterstützung der bereits bestehenden Integrationsarbeit zu schaffen.
- Der Integrationsrat stellt fest, dass bisher in der ‚alten RAA‘ insgesamt ca. 5 Stellen und im ‚alten Interkulturellen Referat‘ insgesamt 8 Stellen kommunal finanziert wurden. Dies waren insgesamt ca. 13 Stellen.
Wenn beide ‚alten‘ Stellen zum KIZ gebündelt worden wären, hätte man zusätzlich 3,5 Stellen vom Land finanziert bekommen und 2 Lehrerstellen wären abgeordnet worden. Das wären insgesamt ca. 18 Stellen gewesen.
Der jetzt vorgelegte Ist-Zustand sind 5,14 Stellen und 2 abgeordnete Lehrerstellen. Dies wären 7,14 Stellen.
- Der Integrationsrat stellt fest, dass es nicht erkennbar ist nach welchen Kriterien diese drei Dienststellen zu einer Diversity Dienststelle zusammengefasst werden sollen, und unklar bleibt was deren konzeptionelle inhaltliche ‚Klammer‘ sein soll.

Der Integrationsrat kritisiert

- dies als einen absoluter Kahlschlag und Ausverkauf der Kölner Integrationsarbeit zu einem Zeitpunkt, zu dem mit
 - dem Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft,
 - der Etablierung der Expertengruppen und
 - der Vorlage des Interkulturellen Maßnahmenprogramms
 die Kölner Integrationsarbeit begonnen hat sich konzeptionell und qualitativ angemessen aufzustellen,
- dies als einen riesengroßen Rückschritt der größten Stadt in NRW zu einem Zeitpunkt zu dem das Land NRW ein bundesweit wegweisendes ‚Teilhabe- und Integrationsgesetz‘ mit breiter politischer Landtagsmehrheit verabschiedet hat und z.B. eine Stadt wie Duisburg mit ca. halb so viel Menschen mit Migrationshintergrund 14 Mitarbeiter/-innen in ihrem KIZ beschäftigen werden,
- dies als ein Armutszeugnis der Integrationspolitik in der viertgrößten Stadt des Bundes, wenn man die in der Sitzung des Integrationsrates am 21.02.13 beigefügten Unterlagen zu integrativen Aktivitäten in anderen Städten betrachtet,
- dies als eine gesellschaftspolitisch äußerst riskante Entscheidung angesichts der immer wieder durch Umfragen und leider auch Anschläge belegten gesamtgesellschaftlichen Schwierigkeiten mit Diskriminierung, Rassismus und rassistischem Terror wie gerade auch in Köln in der Keupstrasse.

Anlagen:

- Schreiben der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und des Arbeitskreises Barrierefreies Köln
- Schreiben von Eine Schule für alle. Mittendrin e.V.
- Schreiben des Integrationshaus Köln
- Gutachten von Professor Bukow

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Beltch